

II-2184 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 22. Jan. 1969

No. 1076/3

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. van Tongel, Peter, Meißl
und Genossen
an den Herrn Bundeskanzler,
betreffend Einsetzung einer Kommission zur Vereinfachung der
Lohnverrechnung.

Die von breitesten Kreisen der Wirtschaft seit Jahren geforderte Vereinfachung der Lohnverrechnung war sowohl in den vergangenen, als auch in der gegenwärtigen Gesetzgebungsperiode des Nationalrates immer wieder Gegenstand freiherrlicher Initiativen. Allein seit dem Frühjahr 1966 waren es bisher drei zu den Budgets der letzten Jahre gestellte Entschließungsanträge sowie eine schriftliche und eine mündliche Anfrage, in welchen von der Fraktion der FPÖ-Abgeordneten zum Nationalrat durchgreifende Maßnahmen der Bundesregierung zur Lösung dieses wichtigen und dringlichen Problems betrieben wurden. Dessenungeachtet wurde die Vereinfachung der Lohnverrechnung bis zum heutigen Tag nicht in Angriff genommen.

In Beantwortung der mündlichen Anfrage (1611/M) des Abgeordneten Dr. van Tongel: "Wann wird die von Wirtschaftskreisen seit Jahren geforderte Vereinfachung der Lohnverrechnung, die überdies Gegenstand einer einstimmigen Entschließung des Nationalrates

- 2 -

war, in Angriff genommen werden?" hat der Herr Bundesminister für Finanzen, Prof. Dr. Koren, in der 101. Sitzung des Nationalrates am 15.5.1968 - in Anlehnung an die Argumentation seiner Amtsvorgänger - auf Schwierigkeiten hingewiesen, die sich aus einem angeblichen Widerstand seitens der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter ergeben hätten.

Daß es in Wirklichkeit einzelne Vertreter von Finanzbehörden und Sozialversicherungsträgern sind, bei denen Bereitschaft und Wille zu einer Vereinfachung der Lohnverrechnung fehlen, wird in einer jüngst erschienenen Studie der Sozialwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft (SWA) mit einer jeden Zweifel beseitigenden Deutlichkeit ausgesprochen. Ferner heißt es in diesem Gutachten wörtlich: "Jede Arbeit soll Sinn haben und Werte schaffen. Wir lassen aber in Österreich Lohnbuchhalter und Selbständige Woche für Woche stundenlange Groschenberechnungen anstellen, deren Unproduktivität offenkundig ist; ... Einen Aufwand von über 2 Milliarden Schilling pro Jahr für nicht sinnvolle Tätigkeiten kann sich Österreich nicht leisten."

In voller Übereinstimmung mit diesen Feststellungen sowie mit dem übrigen Inhalt des gegenständlichen SWA-Gutachtens richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e :

Wird die Bundesregierung ehestens eine Kommission einsetzen, die - mit Fristsetzung bis 31. Oktober 1969 - Vorschläge auszuarbeiten hat, welche Gesetzesänderungen im Interesse einer grundlegenden Vereinfachung der Lohnverrechnung erfolgen/sollen?

Wien, 22.1.1969